



Mag. Peter Doll

Wirtschaftstreuhänder - Steuerberater

A – 6314 Wildschönau · Niederau 39 · Tel. 05339/25 00 · Fax 05339/25 00 25 · Mobil 0664/2432559

Wirtschafts- & Steuerrecht für die Praxis

KLIENTEN-INFO

Aug.
2025

aktuell.
kompetent.

Handwerkerbonus für das Jahr 2025

Der **Handwerkerbonus** als Teil des Konjunkturpakets „Wohnraum und Bauoffensive“ fördert **Handwerksarbeiten** und Leistungen professioneller Handwerker (auch im Zuge von Neubauten) und soll damit sowohl Anreize für **Umbauten, Sanierungen** und **Wohnraumschaffung** setzen als auch die Schwarzarbeit eindämmen. Der **Handwerkerbonus** kann auch für entsprechende Leistungen im **Kalenderjahr 2025** beantragt werden, wobei die **förderbaren Kosten** für 2025 mit **7.500 €** pro Kalenderjahr und Förderungswerber begrenzt sind. Die Förderung – es handelt sich dabei um einen einmaligen **nicht rückzahlbaren Zuschuss** – beträgt für **2025** maximal 20 % der förderbaren Arbeitskosten (netto) und somit **maximal 1.500 €** pro Förderungswerber sowie pro Wohneinheit. Als Minimalgrenze sind 50 € Förderung pro eingereichte Schlussrechnung vorgesehen.

Da durch den Handwerkerbonus die Inanspruchnahme von **Arbeitsleistungen** i.Z.m. Renovierung, Erhaltung, Modernisierung, Schaffung- und Erweiterung von im Inland privat genutztem Wohnbereich gefördert werden soll, können **nur Kosten für die reine Arbeitsleistung** geltend gemacht werden – Fahrtkosten, Entsorgungs-, Material-, Planungs- oder Beratungskosten etc. sind nicht förderungsfähig. Überdies muss es sich um von **Privatpersonen** am eigenen bzw. am zukünftigen **Haupt- oder Nebenwohnsitz** getragene **Kosten** handeln. Vom Handwerkerbonus umfasste, förderfähige Leistungen sind beispielsweise **Malerarbeiten**, Austausch von Bodenbelägen, Austausch von Fenstern, Verlegung von Wand- und

Inhalt

Mit der Klienten-Info bieten wir Ihnen Monat für Monat den entscheidenden Informationsvorsprung im Bereich Wirtschafts- und Steuerrecht.

Ihr
Mag. Peter Doll



- Handwerkerbonus für das Jahr 2025
- Höhere Sicherheit bei FinanzOnline ab Oktober
- Mitarbeiterrabatte gelten auch für ehemalige Arbeitnehmer in Pension
- Drohender Verlust des Arbeitsplatzes ist nicht zwangsläufig i.S. einer außergewöhnlichen Belastung
- Fahrtkosten für Besuch des Kindes laut VwGH keine außergewöhnliche Belastung
- Prüfungsmaßstab für die 25 %-Grenze bei der Abgrenzung von Instandsetzungs- und Instandhaltungsmaßnahmen bei der Vermietung

Bodenfliesen, Tischlerarbeiten i.Z.m. Einbaumöbeln oder Einbauküchen, Gartengestaltung und **Gartenarbeiten** usw.

Der **Antrag** auf Gewährung des Handwerkerbonus für 2025 kann längstens **bis 28.2.2026 gestellt** werden, vorausgesetzt

es liegen ausreichend budgetäre Mittel vor (es besteht kein Rechtsanspruch auf den Handwerkerbonus). Ein Förderantrag kann mehrere Rechnungen beinhalten, wobei sich alle Rechnungen in einem Antrag auf ein und denselben Wohnsitz beziehen müssen. Das **Antragsformular** kann u.A. auf der Webseite www.handwerkerbonus.gv.at ausgefüllt werden, z.B. mittels ID Austria. Darüber hinaus muss jedenfalls der Name des Förderwerbers mit dem Namen auf der Rechnung (jene muss auch den umsatzsteuerlichen Anforderungen genügen) zwingend übereinstimmen. Die Zahlungsbestätigung über die Arbeitsleistung muss jedoch nicht zwingend auf den Förderwerber lauten. Bei den Rechnungen ist insbesondere wichtig, dass die Arbeitsleistungen auf der Rechnung gesondert angeführt werden. Pauschalrechnungen, z.B. für Material-, Fahrt- und Arbeitskosten, sind nicht förderfähig – eine Ausnahme besteht, wenn die Pauschale ausschließlich Arbeitsleistungen umfasst.

Um **Mehrfachförderungen** zu **verhindern**, darf eine für den Handwerkerbonus eingereichte Rechnung **nicht** auch bei einer anderen **Bundes- oder Landesförderstelle** eingereicht worden sein, um eine Förderung von Arbeitskosten von bis zu 7.500 € im Jahr 2025 zu erlangen. Eine Kombination mit anderen Förderungen, wie z.B. der „Raus aus Öl und Gas“ Förderung bei der Umstellung auf ein klimafreundliches Heizsystem, ist nicht möglich – ebenso wenig dürfen die **Arbeitsleistungen** bereits durch eine **Versicherungsleistung gedeckt** sein und die **Kosten** dürfen steuerlich **nicht** als **Betriebsausgaben, Werbungskosten, Sonderausgaben** oder außergewöhnliche Belastungen geltend gemacht werden.

Höhere Sicherheit bei FinanzOnline ab Oktober

Die Plattform **FinanzOnline** bewährt sich seit vielen Jahren als elektronisches Postfach (für Bescheide, Buchungsmitteilungen, Benachrichtigungen über Vorauszahlungen etc.) der Finanz wie auch zur **Übermittlung von Steuererklärungen** (vor allem **Arbeitnehmerveranlagungen**), Rückzahlungsanträgen usw. Da es sich dabei durchwegs um sensible Informationen handelt, ist **Sicherheit** oberstes Gebot. Ab **Oktober 2025** wird der **Sicherheitsstandard** für die Nutzung von FinanzOnline (dies gilt auch für Unternehmen) weiter erhöht, indem der **Login** ab dann nur noch mit einer **2-Faktor-Authentifizierung** möglich sein wird. Freiwillig kann und konnte bereits der Umstieg auch schon vor Oktober durchgeführt werden.

Die vermutlich komfortabelste Variante dabei ist, „**ID Austria**“ für die 2-Faktor-Authentifizierung zu nutzen, da ID Austria auch bereits für zahlreiche andere Anwendungen

und **Behördengänge** verwendet werden kann und alle Anforderungen an eine sichere 2-Faktor-Authentifizierung erfüllt. **Technisch** funktioniert die 2-Faktor-Authentifizierung indem nach der Eingabe der Zugangsdaten beim Login die **Identität des Nutzers** mit einem **zweiten Bestätigungsschritt** überprüft wird (wie üblicherweise beim e-banking).

Sofern ID Austria nicht genutzt werden kann, gibt es eine **alternative 2-Faktor-Authentifizierung**, welche direkt in **FinanzOnline** eingerichtet werden kann. Für Smartphones muss eine Authenticator-App wie **Google Authenticator** oder **Microsoft Authenticator** verwendet werden – für Laptops und Desktop-PCs bestehen ebenfalls Lösungen. Falls ein Gerät verloren oder gewechselt wird, kann die 2-Faktor-Authentifizierung mit einem Wiederherstellungscode selbständig reaktiviert werden. ■

Mitarbeiterrabatte gelten auch für ehemalige Arbeitnehmer in Pension

Unter gewissen Voraussetzungen können **an Mitarbeiter gewährte Rabatte steuerfrei** behandelt werden. So muss der Arbeitgeber den Mitarbeiterrabatt allen Mitarbeitern oder zumindest bestimmten Gruppen von Mitarbeitern einräumen. Überdies dürfen die verbilligt erworbenen Waren oder Leistungen von den Mitarbeitern **nicht zur Einkünfteerzielung** verwendet werden. Die **Wertgrenzen** für die **Steuerfreiheit** (unbegrenzt) liegen bei maximal **20 % Rabatt** gegenüber dem üblichen Endverkaufspreis – **Rabatte von mehr als 20 %** können **bis maximal 1.000 € pro Jahr** steuerfrei gewährt werden.

Der **VwGH** hatte sich unlängst (GZ Ro 2025/15/0004 vom 27.5.2025) mit der Frage auseinanderzusetzen, ob solche **Mitarbeiterrabatte auch ehemaligen Arbeitnehmern**, welche bereits **in Pension sind, steuerfrei** gewährt werden können. Die für Gerichte nicht verbindlichen **Lohnsteuerrichtlinien schließen** in Rz 104 **Pensionisten von der Begünstigung aus** mit dem Hinweis, dass diese keine Arbeitnehmer i.S.d. § 3 Abs. 1 Z 21 EStG sind. Im konkreten Fall wurde ehemaligen Bankmitarbeitern die Steuerfreiheit von Sonderkonditionen wie attraktiveren Einlagenzinsen, vergünstigten Kontoführungs- und Depotgebühren etc. verwehrt.

Wie bereits das BFG kam der **VwGH** zur Entscheidung, dass aus den **gesetzlichen Bestimmungen keine Rechtfertigung für die Ausgrenzung** von pensionierten ehemaligen Arbeitnehmern von der Gewährung steuerfreier Mitarbeiterrabatte abgeleitet werden kann. So **gilt § 47 EStG** folgend als **Arbeitnehmer jede natürliche Person**, die Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit bezieht. Solche Einkünfte sind insbesondere dann gegeben, wenn Bezüge oder Vorteile aus

einem bestehenden oder früheren Dienstverhältnis bezogen werden. Außerdem ist dem VwGH folgend **aus den Gesetzesmaterialien** (d.h., der Absicht des Gesetzgebers) zur Schaffung der begünstigten Mitarbeitererrabatte **nicht ableitbar**, dass Vorteile aus **früheren Dienstverhältnissen nicht** von der Steuerbefreiung **umfasst** sein sollen.

Schließlich ist noch zu bedenken, dass **gar keine Steuerpflicht der gewährten Vorteile** vorliegen würde (nicht einmal Steuerbarkeit), falls die Ursache für die günstigeren Bankkonditionen in allgemeinen Kundenbindungsaktionen gelegen wäre oder diese Vorteile allgemeine, nicht mitarbeiterbezogene Rabatte darstellten (und **nicht aufgrund des früheren Dienstverhältnisses** gewährt wurden). Im Endeffekt kam der VwGH zur Entscheidung, dass **Mitarbeiter Rabatte** auch **ehemaligen** (pensionierten) **Arbeitnehmern steuerfrei zu gewähren** sind, sofern die entsprechenden Voraussetzungen für diese Begünstigung erfüllt sind – eine Einschränkung auf bloß aktive Mitarbeiter ist unzulässig.

Drohender Verlust des Arbeitsplatzes ist nicht zwangsläufig i.S. einer außergewöhnlichen Belastung

Eine Steuerpflichtige wollte im Rahmen der **Arbeitnehmerveranlagung** die **Kosten** für eine **Schulteroperation** in einer **Privatklinik** als **außergewöhnliche Belastung** geltend machen. Gründe für die Inanspruchnahme der schneller verfügbaren Operation in einer Privatklinik waren die schon seit Jahrzehnten bestehende **Erkrankung an Diabetes** und die damit einhergehenden medizinischen Eingriffe und damit verbundenen **Ausfälle** an ihrem **Arbeitsplatz** durch **lange Krankenstände**. Sie hatte sich für eine Operation in der Privatklinik entschieden, da die **Wartezeit** für die benötigte Operation laut Anfrage in verschiedenen Krankenhäusern **mindestens 3 bis 6 Monate betragen hätte** und sie **befürchtete**, durch einen weiteren langen Krankenstand ihren **Arbeitsplatz zu verlieren**.

Das BFG betonte hinsichtlich dem kritischen Punkt (für das Vorliegen einer außergewöhnlichen Belastung) der **Zwangsläufigkeit**, dass die Steuerpflichtige aus objektiv nachvollziehbaren Gründen befürchtet habe, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, wenn sie nicht für eine rasche Operation in einem Privatspital gesorgt hätte, um ihren bereits **7 Monate dauernden Krankenstand** einem baldigen **Ende zuzuführen**. Deshalb konnte sie sich **aus tatsächlichen Gründen der Kosten** für die Operation **nicht entziehen** – die **Belastung** war daher als **zwangsläufig** anzusehen.

Der VwGH setzte sich in seiner Entscheidung (GZ Ro 2021/13/0011 vom 18.12.2024) mit der **Zwangsläufigkeit** als (eine) notwendige Voraussetzung für die Geltendmachung als außergewöhnliche Belastung auseinander. So ist **Zwangsläufigkeit** gegeben, wenn sich der Steuerpflichtige der Belastung **aus tatsächlichen, rechtlichen oder sittlichen Gründen nicht entziehen** kann. Solche Gründe können insbesondere in der **Krankheit, Pflegebedürftigkeit** oder **Betreuungsbedürftigkeit** des Steuerpflichtigen gelegen sein. Im Falle von **Krankheit** ergibt sich die **Zwangsläufigkeit** der Krankheitskosten aus der **Tatsache der Krankheit**.

Die Geltendmachung von Krankheitskosten als außergewöhnliche Belastung ist naturgemäß ein kritisches Thema. Nach herrschender Rechtsprechung ist für den **Nachweis der medizinischen Notwendigkeit** (z.B. einer Operation) ein **ärztliches Zeugnis** oder ein Gutachten erforderlich. Überdies können die Kosten regelmäßig als außergewöhnliche Belastung abgesetzt werden, wenn ein **Teil** der angefallenen **Aufwendungen** von einem gesetzlichen **Sozialversicherungsträger übernommen** wurde. Selbst wenn die Kosten nicht übernommen werden, jedoch **aus triftigen Gründen medizinisch geboten** sind, kann eine außergewöhnliche Belastung gegeben sein.

Können jedoch – wie im vorliegenden Fall – die **medizinische Notwendigkeit** bzw. triftige medizinische Gründe **für einen früheren Operationstermin** in einem Privatspital **nicht nachgewiesen** werden, so ist das Kriterium der **Zwangsläufigkeit nicht erfüllt**. Der **drohende Verlust des Arbeitsplatzes** stellt laut VwGH **keine Zwangsläufigkeit** dar, sodass die Kosten für die Operation in dem Privatspital **nicht als außergewöhnliche Belastung** steuerlich berücksichtigt werden können.

Fahrtkosten für Besuch des Kindes laut VwGH keine außergewöhnliche Belastung

Die Anforderungen an die steuerliche Geltendmachung als **außergewöhnliche Belastung** sind bekanntermaßen **Außergewöhnlichkeit, Zwangsläufigkeit** und die **Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit**. Der VwGH hatte sich (GZ Ro 2021/13/0018 vom 26.3.2025) mit dem Sachverhalt auseinanderzusetzen, dass ein **Vater** die (sehr hohen) **Fahrtkosten** für die **Abholung** seines im Ausland bei der Mutter lebenden **Kindes** als **außergewöhnliche Belastung** gelten machen wollte.

Während das Finanzamt die **Abzugsfähigkeit versagte**, kam das BFG jedoch zum Urteil, dass die **Fahrtkosten** für das Abholen und Zurückbringen des bei der Mutter in Tschechien lebenden Sohnes als **außergewöhnliche Belastung**

(mit Selbstbehalt) **angesetzt** werden können (siehe dazu KI 04/22). Ausschlaggebend war mitunter, dass die Erzielung und Kontaktpflege durch die Eltern bzw. einen Elternteil als **ideelle Leistungen** an das Kind zu sehen sind, welche **nicht** zu den **Leistungen** des **gesetzlichen Unterhalts** zählen. Wäre dies der Fall gewesen, so wären die damit verbundenen Kosten nicht als außergewöhnliche Belastung absetzbar, da sie **bereits** durch den Unterhaltsabsetzbetrag **abgegolten** sind.

Der **VwGH** kam zu einer anderen Entscheidung und **verneinte** die Abzugsfähigkeit als **außergewöhnliche Belastung**, da es im konkreten Fall an der **Außergewöhnlichkeit der Belastung** fehlt. Es ist **nicht** als **außergewöhnlich** anzusehen, dass ein Elternteil von seinem Kind getrennt lebt, weil zwischen den **Eltern keine eheliche** oder eheähnliche **Lebensgemeinschaft** (mehr) **besteht**. Die aufgrund der Trennung der Eltern entstehenden Kosten für den Besuch des Kindes sind daher regelmäßig nicht als außergewöhnlich anzusehen – selbst dann nicht, wenn zwischen Wohnort von Kind und Mutter einerseits bzw. Vater andererseits 150 km liegen. ■

Prüfungsmaßstab für die 25 %-Grenze bei der Abgrenzung von Instandsetzungs- und Instandhaltungsmaßnahmen bei der Vermietung und Verpachtung

Die **Abgrenzung** zwischen **Herstellungsaufwand** (Aktivierung der Kosten und Verteilung über die AfA), **Instandsetzung** (keine Änderung der Wesensart des Gebäudes, aber wesentliche Erhöhung des Nutzwertes mit der Folge einer Verteilung der Aufwendungen über 15 Jahre) und **laufende Instandhaltung** (sofort steuerlich abzugsfähig) ist bei der **Vermietung** von **Immobilien** immer schon ein steuerlich **heißes Thema** gewesen, das nicht nur Gegenstand zahlreicher Fachaufsätze, sondern auch Anlass vieler Steuerverfahren war und ist.

Eine neue Facette hat sich durch eine **Entscheidung des VwGH** vom 26.9.2024 (GZ Ro 2023/15/0001) ergeben: Konkret ging es dabei um die **Abgrenzung von Instandsetzungs- und Instandhaltungsmaßnahmen bei vermieteten Eigentumswohnungen in derselben Wohnungsanlage**. Ein Eigentümer von 39 Wohnungen in dieser Anlage führte in zwei Wohnungen Baumeister-, Elektroinstallations- und Sanitärinstallationsarbeiten durch. Die **39 Wohnungen** entsprachen circa einem Anteil von 54 % der gesamten Wohnungsanlage. Der Steuerpflichtige behandelte den **Aufwand**

als **sofort absetzbaren** Instandhaltungsaufwand, weil keine Herstellungskosten vorlagen, die Sanierung zu keiner Anhebung der Kategorienmietzinse führte und der **sanierte Anteil am gesamten Gebäude durchgerechnet** weniger als 2,5 % ausmachte. Dabei wurde argumentiert, dass **keine wesentliche Erhöhung des Nutzwertes** des Gebäudes vorliegt, weil die in den Einkommensteuerrichtlinien in der Rz 6463 genannte **25 %-Grenze** für einen Austausch wesentlicher Gebäudeteile (im konkreten Fall eben Elektro- und Sanitärinstallationen, andere betroffene Maßnahmen wären u.A. auch der Austausch von Fenster, Türen, Stiegen, Zwischenwänden, Wasser- oder Heizungsinstallationen) **deutlich unterschritten** wird. Das **Finanzamt** argumentiert dagegen, dass als **Bezugsgröße** für die **25 %-Grenze** **nicht** das **Gesamtgebäude**, sondern die **einzelne sanierte Wohnung** heranzuziehen ist und daher auf 15 Jahre zu verteilender **Instandsetzungsaufwand** vorliegt.

Der Ansicht des Finanzamtes folgte auch das BFG. Im fortgesetzten Verfahren vor dem **VwGH** hat dieser darauf verwiesen, dass sich die bisherige Judikatur zu dieser Frage nicht mit der Vermietung von Eigentumswohnungen, sondern mit der Vermietung von Mietwohngebäuden beschäftigt hat. Es war daher zu klären, ob als **Bezugsgröße für die 25 %-Grenze** die **jeweilige sanierte Eigentumswohnung** heranzuziehen ist (Auffassung Finanzamt und BFG) **oder** die **gesamte Wohnungseigentumsanlage**, in der sich die Eigentumswohnung befindet (Meinung Steuerpflichtiger).

Der **VwGH** kommt letztlich zu dem Ergebnis, dass der **Prüfungsmaßstab die jeweilige Einkunftsquelle** ist. Bei der **Vermietung von Eigentumswohnungen** bildet **jede Vermietung der einzelnen Wohnung eine Einkunftsquelle** des Steuerpflichtigen, wenn die Vermietung an verschiedene Personen erfolgt. Daher ist die **25 %-Grenze** auf die **einzelne (sanierte) Wohnung** zu beziehen, weshalb im Ergebnis **Instandsetzungsaufwand** vorliegt. ■

Vorschau

- Steuertermine für Herabsetzungsanträge und Anspruchsverzinsung,
- Frist für Vorsteuerrückerstattung aus EU-Mitgliedsstaaten für das Jahr 2024

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Klier, Krenn & Partner – Klienten-Info GmbH, Redaktion: 1190 Wien, Döblinger Hauptstraße 56/4. Richtung: unpolitische, unabhängige Monatsschrift, die sich mit dem Wirtschafts- und Steuerrecht beschäftigt und speziell für Klienten von Steuerberatungskanzleien bestimmt ist.

Die veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt und ohne Gewähr.

© www.klienten-info.at